

heit auslöste. Die japanische Seite habe, heißt es in der Erklärung, die „auf richtige Haltung“ der KPCh mit Freunden zur Kenntnis genommen.

Anders als die auf Zwerggebilde zurückgeschrumpften KPs der ehemaligen Ostblockländer ist die KP in Japan nach wie vor eine respektable politische Größe: Sie hat etwa 370.000 Mitglieder und vertritt damit gut 10% der japanischen Wähler. Sie finanziert ihre Aktivitäten aus Parteibeiträgen und aus dem Verkauf ihrer Parteizeitung *Akahata* („Rote Fahne“), die in einer Auflage von immerhin 2 Mio. Exemplaren erscheint und die übrigens fortan wieder ein eigenes Korrespondentenbüro in Beijing unterhalten darf.

Die KPJ – Nihon Kyosanto – stellt in ihrer marktwirtschaftlich und demokratisch organisierten Heimat auf kommunaler Ebene mehr Volksvertreter als die in Tokyo tonangebende LDP. Ende 1997 brachte es die KPJ in den Gemeinde-, Bezirks- und Stadträten auf 4.065 Abgeordnete, die LDP dagegen nur auf 3.658. In der Provinzversammlung der Stadtprovinz Tokyo ist sie zweitstärkste Partei hinter der LDP. Im Unterhaus bekleiden die Kommunisten 26 der insgesamt 500 Sitze.

Bereits im September 1997 hatte der neugewählte Parteichef Tetsuo Fuwa der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua ein Interview gewährt, das bei der VRCh offensichtlich gut ankam. Darüber hinaus ist die KPJ eine der wenigen Parteien Japans, die die militaristische Vergangenheit Japans in China aufgearbeitet haben. Beflügelnd haben, drittens, die beim Parteitag der KPJ im September 1997 beschlossenen Personalveränderungen gewirkt, vor allem der Rücktritt des Vorsitzenden Kenji Miyamoto: Unter seiner, Miyamotos, Führung hatte die KPJ einen unabhängigen nationalkommunistischen Kurs eingeschlagen und – ganz auf dieser Linie – nacheinander ihre Beziehungen zu Moskau (1964: wegen „Rechts-Revisionismus“) und schließlich auch zu Beijing (1966/67: wegen „Links-Dogmatismus“) abgebrochen.

Im Kommuniqué vom 10. Juni 1998 heißt es, daß beide KPs die „von der Geschichte hinterlassenen Probleme vergessen“ wollten. Beide Seiten wollten sich künftig nach den Prinzi-

pien der Unabhängigkeit, der völligen Gleichheit, des gegenseitigen Respekts und der Nichteinmischung in die Angelegenheiten des anderen verhalten.

Beide Seiten kamen darin überein, daß KPJ- Parteichef Fuwa Tetsuo demnächst die VR China besuchen wolle, und zwar noch vor dem ebenfalls geplanten Gegenbesuch Jiang Zemins in Japan. Jiang, der im September 1998 nach Japan kommen will, ist ja nicht nur Parteichef der KPCh, sondern auch Staatschef der Volksrepublik China. -we-

3 Gegen eine militärische Einmischung im Kosovo

Bei einer Pressekonferenz am 16. Juni antwortete der Sprecher des Außenministeriums auf die Frage, wie China zu einer militärischen Intervention in Jugoslawien stehe, folgendermaßen: „Wir unterstützen die betroffenen Parteien in Jugoslawien bei der Regelung ihrer Angelegenheiten durch politischen Dialog. Wir sind der Ansicht, daß die Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens respektiert werden sollten. Eine ... Einmischung in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens ist zu vermeiden. China ist gegen eine militärische Einmischung im Kosovo.“ (BRu, 1998/27, S.8). Die Frage, ob China von seinem Vetorecht Gebrauch machte, würde die Angelegenheit vor die UNO gebracht, ließ der Sprecher offen. Inhaltlich aber fährt China, wie nicht anders zu erwarten, auf Vetokurs – und befindet sich hiermit auf gleicher Linie wie Rußland. -we-

Innenpolitik

4 Konziliantere Töne Beijings gegenüber dem Dalai Lama

Die seit Jahren verhärteten Fronten zwischen der chinesischen Regierung und der tibetischen Exilführung haben im Juni gewisse Entspannungszzeichen erkennen lassen. Der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin vermied auf einer gemeinsamen, live im Staatsfernsehen übertragenen Pressekonferenz mit dem US-Präsidenten Clinton die übliche harte Propaganda-

Rhetorik gegenüber dem Dalai Lama. Statt dessen stellte Jiang fest, daß der Weg zu formellen Verhandlungen frei sei, sobald die tibetische Exilführung anerkenne, daß Tibet ein integraler Bestandteil des Territoriums der VR China und Taiwan eine Provinz der VR China seien.

Jiang wies zugleich auf inoffizielle Kommunikationskanäle hin, die zwischen der chinesischen Regierung und dem Dalai Lama bestünden. Die Intensivierung inoffizieller Kontakte wurde auch von tibetischer Seite bestätigt. Informelle Gespräche würden außerhalb Chinas und zum Teil mit Hilfe amerikanischer Vermittlung geführt. In den letzten Monaten hätten die chinesischen Unterhändler wesentlich größere Offenheit gegenüber der Kritik und den Vorschlägen der tibetischen Seite gezeigt.

Der Dalai Lama zeigte sich freudig überrascht von den konzilianteren Tönen aus Beijing und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Jiang Zemins moderate Worte sich unmittelbar in einer Mäßigung der Repression durch die lokale kommunistische Führung in Tibet niederschlagen könnten. Auch vermerkte der tibetische Religionsführer positiv, daß sich unter chinesischen Intellektuellen und Politikberatern innerhalb und außerhalb Chinas Stimmen mehren, die dafür plädieren, Tibet im Rahmen einer umfassenden Verfassungsreform und Föderalisierung der VR China volle Autonomie zuzugestehen.

Mit Rücksicht auf das verbesserte Klima in den Beziehungen zu Beijing sagte der Dalai Lama Mitte Juli eine geplante Reise nach Taiwan ab, um die Chancen eines konstruktiven Dialogs mit der chinesischen Regierung nicht zu stören.

Der amerikanische Präsident Clinton äußerte während der Pressekonferenz mit Jiang Zemin in Beijing die Auffassung, daß eine persönliche Begegnung zwischen Jiang Zemin und Dalai Lama zu einer atmosphärischen Verbesserung führen könne: „I have spent time with the Dalai Lama. I believe him to be an honest man, and I believe if he had a conversation with President Jiang, they would like each other very much“ (IHT, 29.6.1998; AWSJ, 30.6.1998; SCMP, 18.7.1998). -hei-

5 Neue Aufsichtsorgane für den Finanzsektor beim KP-Zentralkomitee

Unter dem Eindruck der asiatischen Banken- und Währungskrisen hat die Führung der Kommunistischen Partei Chinas seit Herbst 1997 die Entscheidungsverfahren und Aufsichtsorgane im Finanzsystem einer umfassenden Reorganisation unterzogen.

Ministerpräsident Zhu Rongji (die Nummer 3 im Ständigen Ausschuß des KP-Politbüros) und der Stellvertretende Ministerpräsident Wen Jiabao (Mitglied des Politbüros und des ZK-Sekretariats) nehmen eine führende Stellung in den neu geschaffenen Parteiorganen ein, die mit der Lenkung von Finanzpolitik und Finanzmarktregulierung sowie mit der Personal- und Organisationsaufsicht im Finanzsektor betraut sind:

1. Die unmittelbar nach dem XV. Parteitag gegründete ZK-Führungsgruppe für die Arbeit im Finanzsystem (*Zhonggong zhongyang jinrong gongzuo lingdao xiaozu*). Diese ressortübergreifende Führungsgruppe, deren Existenz von den chinesischen Medien bislang noch nicht offiziell bestätigt wurde, stellt die Richtlinien der Finanzpolitik und der Finanzmarktregulierung auf und wird von Ministerpräsident Zhu Rongji geleitet. Unter den Mitgliedern dieser unregelmäßig tagenden finanzpolitischen Entscheidungszentrale finden sich die Politbüro-Mitglieder Li Lanqing, Wen Jiabao, Wu Bangguo und Wu Yi (siehe C.a., 1997/12, S.1237 bzw. 1251).
2. Der im Juni 1998 offiziell errichtete ZK-Ausschuß für die Arbeit im Finanzsystem (*Zhonggong zhongyang jinrong gongzuo weiyuanhui*) ist als ständiges Organ mit der Aufsicht über Führungspersonal und Führungsorgane der Partei im Finanzsystem betraut. Dieser Ausschuß wird von Wen Jiabao geleitet, der bei einer Gründungsveranstaltung darauf hinwies, daß dieses Organ keine Weisungsbefugnis in der Finanzpolitik besitze, sondern sich auf Leitungs-, Aufsichts- und Koordinationsaufgaben gegenüber den Parteifunktionären und -gremien in den verschiedenen Finanzorganen (Ban-

ken, Versicherungen etc.) konzentrieren werde. Die Regulierung des Finanzsektors im eigentlichen Sinne komme allein dem Staatsrat und staatlicher Rechtsetzung zu (RMRB, 23.6.1998).

3. Das ebenfalls im Juni 1998 gegründete Parteikomitee der Organe im Finanzsystem (*Jinrong jigou [xitong] dangwei*) soll offenbar die wichtigsten Führungspersönlichkeiten des Finanzsektors (die alle der Partei angehören und teilweise sogar Mitglied des KP-Zentralkomitees sind) in einem gemeinsamen Gremium zusammenführen, um die finanzpolitische Koordination und Willensbildung zu erleichtern und zu verstetigen. Funktionen und Mitglieder dieses Komitees blieben in den offiziellen Meldungen (RMRB, 23.6.1998) unklar. Offenbar handelt es sich dabei aber um die von der Parteizentrale ernannten Führungskader in nationalen Finanzorganen (einschließlich der Zentralbank, der Wertpapieraufsichtskommission sowie der nationalen Banken und Versicherungsgesellschaften).
4. Entsprechende Disziplinarorgane für das Finanzsystem insgesamt (*Zhonggong zhongyang jinrong jigongwei*, dieses Organ untersteht der doppelten Führung durch die ZK-Disziplinarkommission und den ZK-Ausschuß für die Arbeit im Finanzsystem) und für die Organe des Finanzsystems (*Jinrong jigou jiwei*).

Die Parteizentrale beabsichtigt offenkundig, mit der Totalüberholung der finanzpolitischen Entscheidungs- und Aufsichtsmechanismen die Modernisierung und Krisenfestigkeit des chinesischen Kredit- und Wertpapiermarktes zu fördern. Ob es aber mit Hilfe der alten Mittel der Parteikontrolle gelingen kann, die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors herzustellen, erscheint äußerst zweifelhaft. -hei-

6 Repressalien gegen Dissidenten: Gründung einer Demokratischen Partei unterbunden

In den ersten sechs Monaten des Jahres hat Amnesty International insgesamt 50 Fälle dokumentiert, in denen Chinesen wegen ihres gewaltlosen

Einsatzes für grundlegende politische und bürgerliche Rechte – insbesondere im Februar/März vor der Tagung des Nationalen Volkskongresses sowie im Mai vor dem 9. Jahrestag des 4. Juni – für kurze oder längere Perioden inhaftiert wurden. 15 der betroffenen Personen befanden sich Anfang Juli immer noch in Haft oder in Hausarrest. Auch Verwandte und Freunde von inhaftierten politischen Aktivisten finden sich unter den von Regierungsrepression betroffenen Personen. Nicht enthalten sind unter den 50 dokumentierten Fällen Angehörige religiöser oder ethnischer Minderheitsgruppen, die ebenfalls politischer Repression unterworfen sind. (AI Index: ASA 17/16/98, June 1998)

Nach Angaben einer in New York ansässigen Gruppe der Exilopposition sollen vor dem Jahrestag des 4. Juni und vor dem Besuch des amerikanischen Präsidenten insgesamt 30 chinesische Bürger von den Sicherheitsorganen formell wegen regierungskritischer Aktivitäten verwarnt worden sein. Mehr als 20 Dissidenten seien – meist kurzzeitig – verhört oder in Gewahrsam genommen worden. (SCMP, 1.6.1998)

Am 25. Juni versuchten neun Dissidenten – zeitgleich mit dem Eintreffen Präsident Clintons –, eine Demokratische Partei Chinas in Hangzhou registrieren zu lassen und Flugblätter mit einem Parteimanifest in den Straßen der Provinzhauptstadt zu verteilen. Nach dem Ende des Staatsbesuchs und der internationalen Rücksichten wurden die politischen Aktivisten von der Polizei festgenommen. Die Mehrzahl kam in der ersten Julihälfte nach Verhören und Verwarnungen der Polizei wieder frei. Drei der Inhaftierten aber könnten aufgrund ihrer früheren Beteiligung in der Protestbewegung von 1989 härteren Strafen wegen „Umsturz“-Aktivitäten entgegensehen. (SCMP, 13.7.1998) -hei-

7 Ehemaliger Spitzenfunktionär Bao Tong plädiert für Demokratisierung Chinas

Bao Tong, der ranghöchste Funktionär, der wegen seiner Sympathie für die Studentebewegung des Jahres 1989 zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde (Bao wurde im Mai 1996 aus der

Haft entlassen, die politischen Rechte blieben ihm aber für zwei weitere Jahre entzogen, siehe C.a., 1996/5, S.476-477), hat sich im Juni gegenüber der ausländischen Presse kritisch gegenüber dem mangelnden politischen Reformwillen der Parteiführung geäußert. (IHT, 3.6.1998; SCMP, 4.6.1998)

Bao forderte nicht nur eine Neubewertung der Ereignisse von 1989, sondern bezeichnete die militärische Niederschlagung der Protestbewegung auch als „Tragödie“ und Schandfleck für die politische Lebensleistung Deng Xiaopings. Die Kommunistische Partei hätte gleich 1979, als sich Deng Xiaoping in der Führungsspitze durchsetzte und die Bewegung an der „Demokratiemauer“ für lebhaft politische Debatten sorgte, konkrete Schritte zur Demokratisierung einleiten müssen.

Die Idee, ökonomische Reformen ohne begleitende politische Reformen durchzuführen, sei zum Scheitern verurteilt und könne zu einer für ganz Asien gefährlichen Destabilisierung Chinas führen. China solle ein Mehrparteiensystem einführen. Die Kommunistische Partei solle innerparteiliche Demokratie zulassen und sich nach dem Vorbild der amerikanischen politischen Parteien (sic!) reorganisieren. Das erhöhte Risiko von Arbeiterunruhen aufgrund der gegenwärtigen Restrukturierung im Staatssektor ließ Bao nicht als Grund für eine weitere Verzögerung der Demokratisierung gelten.

Bao, dem gerade erst Ende Mai von der Polizei mitgeteilt worden war, daß nun auch seine politischen Rechte wiederhergestellt seien, sah seine Äußerungen als „Test“ für die politische Meinungsfreiheit chinesischer Bürger. Die Regierungsbehörden reagierten umgehend auf diese Herausforderung, indem sie Bao darauf hinwiesen, daß Gespräche mit ausländischen Journalisten nach den geltenden Bestimmungen von 1990 (Bestimmungen zur Arbeit ausländischer Journalisten und Büros von ausländischen Nachrichtenagenturen) nur nach vorangehender Genehmigung erlaubt seien. Bao mußte daraufhin von weiteren Interviews Abstand nehmen. (NZZ, 11.6.1998) -hei-

8 Zirkular zur Stärkung einer transparenten und demokratischen Dorfverwaltung

Die Hauptbüros des KP-Zentralkomitees und des Staatsrates haben am 18. April dieses Jahres ein gemeinsames Zirkular zur „allgemeinen Durchführung des Systems der Offenlegung dörflicher Angelegenheiten und der demokratischen Verwaltung in den Dörfern“ verbreitet. Der Inhalt des Zirkulars wurde erst am 10. Juni von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua und am darauf folgenden Tag im Presseorgan des KP-Zentralkomitees veröffentlicht. (XNA, 10.6.1998; RMRB, 11.6.1998)

In dem Dokument werden Partei- und Regierungsorgane „im Geiste des XV. Parteitagess“ dazu aufgerufen, demokratische Offenlegungs-, Aufsichts- und Wahlrechte der dörflichen Bevölkerung zu stärken. Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wird in Chinas Dörfern mit Direktwahlen der Dorfvorsteher und der Selbstverwaltungsorgane experimentiert. Die Erfahrungen mit den nun fast flächendeckend eingeführten Verfahren der „dörflichen Basisdemokratie“ werden in dem neuen Dokument gebündelt.

Die Offenlegung und Transparenz dörflicher Angelegenheiten (*cunwu gongkai*) – insbesondere in örtlichen Finanz- und Vermögensfragen, aber auch etwa in der Vergabe von Familienplanungsquoten oder Hilfgeldern sowie in der Kritik an Verfehlungen lokaler Kader – ist eines der Kernanforderungen, das in dem Zirkular ausgeführt wird. Nicht nur die gewählten Dorfkomitees, sondern auch die dörflichen Zellen der Kommunistischen Partei sollen einer verstärkten öffentlichen Aufsicht unterzogen werden.

Darüber hinaus sollen die Verfahren der demokratischen Leitung (*minzhu guanli*) durch regelmäßige Versammlungen der Dorfbewohner bzw. derer Repräsentanten sowie durch regelmäßige Bewertungen der Arbeit der Dorfleitung durch die Dorfbewohner gestärkt werden. Eine an schriftlich festgelegten Regeln (*guizhang*) orientierte Verwaltung dörflicher Angelegenheiten sei unabdingbar, um Willkürakte zu unterbinden.

Das Zirkular enthält eine ausdrückliche Warnung vor dem Einfluß ar-

chaischer Clanstrukturen (*zongzu shili*) und illegalen religiösen Aktivitäten, die sich die ländliche Basisdemokratie zunutze machen könnten. Nur unscharf wird ganz zum Schluß auf die experimentelle Ausweitung offener demokratischer Verfahren auf der Gemeindeebene hingewiesen, die Jiang Zemin in seiner Parteitagsrede angedeutet hatte. (C.a., 1997/9, S.859)

Das Dokument ist insgesamt als verbindliche Zusammenfassung der Erfahrungen mit demokratischen Verfahren in Chinas Dörfern zu verstehen, enthält jedoch keine konkreten Weisungen zu weitergehenden Demokratisierungsschritten. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

9 Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung billigt „Programm für die Innovation des Wissens“

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften hat im Juni 1998 ein „Programm für die Innovation des Wissens“ (*zhishi chuangxin gongcheng*) vorgelegt, das von strategischer Bedeutung für die Erneuerung der Wissenschaft sein dürfte. Das Programm wurde auf der ersten Sitzung der im Frühjahr gegründeten Führungsgruppe für Wissenschaft und Bildung (vgl. C.a., 1998/3, Ü 22) am 9. Juni grundsätzlich gebilligt. Im Rahmen der Strategie, durch Wissenschaft und Bildung den Aufschwung des Landes herbeizuführen, kommt ihm eine zentrale Bedeutung zu.

Die Politik der gleichzeitigen Förderung von Wissenschaft und Bildung findet nicht nur die aktive Unterstützung von Ministerpräsident Zhu Rongji und seinem Stellvertreter Li Lanqing (beide leiten die Führungsgruppe), sondern auch von Staatspräsident und Generalsekretär Jiang Zemin. Zur Vorgeschichte des neuen Programms wird berichtet, daß Jiang Zemin nach Anhörung eines Untersuchungsberichts der Akademie der Wissenschaften zum Thema „Das Zeitalter